

# Newsletter aus Berlin

Newsletter Jan/Feb 2017

Norbert Brackmann informiert

*Liebe Freunde,*

ich begrüße Sie herzlich im ersten Newsletter 2017 mit meinen besten Wünschen für Sie! Mein Berliner Team und ich sind bereits mit Elan in das neue und gleichzeitig letzte parlamentarische Jahr dieser Legislaturperiode eingestiegen. 2017 ist geprägt von einer Reihe wichtiger Wahlen in Deutschland: vor den Bundestagswahlen am 24. September stehen noch drei Landtagswahlen an – im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen. Die Landtagswahlen werden dabei ein wichtiger Gradmesser für die sich anschließenden Bundestagswahlen die politische Stimmungslage in Deutschland sein.

## Artikel-13-Konferenz in Brüssel – wir brauchen Vertrauen in eine verlässliche Fiskalpolitik

Vom 30. Januar bis 1. Februar nahm ich in Brüssel an der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung (SWKS) in der Europäischen Union teil. Die sogenannte „Artikel-13-Konferenz“ ist ein regelmäßiges Treffen von Vertretern nationaler Parlamente, im Rahmen dessen es Ziel ist, die Zusammenarbeit zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zu verstärken und dazu beizutragen, die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und der Haushaltspolitik in der EU, vor allem in der WWU, sicherzustellen. Beim Inkrafttreten des Fiskalpaktes hat man sich darauf geeinigt, dass die EU-Staaten möglichst ausgeglichene Staatshaushalte anstreben sollen. So darf das jährliche Defizit höchstens 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Daneben müssen die einzelnen Staaten Schuldenbremsen einführen und diese bis 2018 in nationales Recht umsetzen. Da wir nun ein Jahr vor dieser Frist stehen, ist es Zeit, den Status Quo genauer unter die Lupe zu nehmen. So erhielt ich dabei die seltene Gelegenheit, aus deutscher Sicht eine Keynote zur Frage nach dem Stand der Umsetzung des Fiskalpaktes zu halten. Insbesondere war es mir hierbei wichtig, an unsere Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zu appellieren, wenn es um die Umsetzung von Strukturreformen und Konsolidierungsvorhaben geht. Denn der Euro ist am Ende nur so viel wert, wie es Vertrauen in ihn

als krisenfeste Währung gibt. Die Schuldenstände in der Eurozone liegen weiterhin im Durchschnitt bei über 94% des Brutto-Inlandsprodukts, die Eurozone bleibt daher weiterhin anfällig für Marktschwankungen. Der seit 2008 anhaltende Niedrigzins darf dabei nicht den Blick trüben, dass die Europäische Zentralbank den Mitgliedstaaten der Eurozone nicht auf ewig mehr Zeit zur Schuldentilgung erkaufen kann. Eine verlässliche und transparente Fiskalpolitik muss in jedem Mitgliedstaat das A und O sein, um im Kampf gegen Strukturprobleme und Instabilität in der Finanzpolitik Erfolg zu haben. Auf meiner Homepage können Sie meinen Redebeitrag in voller Länge sehen.

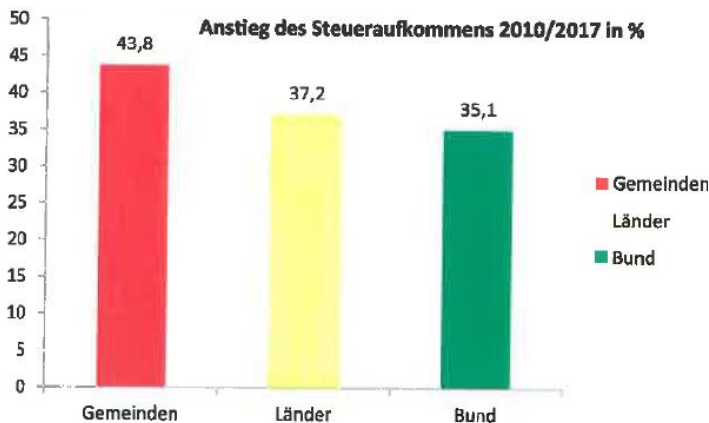


Quelle: Bundestagsbüro NB; rechts im Bild der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani

## Kommunalfreundlicher Bundeshaushalt

Immer öfter entsteht der öffentliche Eindruck von Seiten der Bundesländer, der Bund setze sich zu wenig für die kommunalen Haushalte ein und überlasse sie ihrem Schicksal.

Dabei haben sich die bundesgesetzlich getroffenen Änderungen eindeutig zugunsten der Länder und Kommunen ausgewirkt. Neueste Zahlen zum Gemeindeanteil an den gesamtstaatlich größer gewordenen Steuereinnahmen – eindrucksvoll dargelegt von Prof Dr. Hans-Günter Hennecke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages – belegen diese Entwicklung. So wird das gemeindliche Steueraufkommen zwischen 2010 und 2017 nach aktuellen Steuerschätzungen insgesamt um 43,8% auf 101,2 Mrd. Euro anwachsen, während der Bund lediglich einen Anstieg von 35,1% des Steueraufkommens verzeichnen wird. Die Länder liegen bei einem Anstieg um 37,2% in 2017 bei einem Steueraufkommen von 288,3 Mrd. Euro noch vor dem Bund. Weiterhin ist im Rahmen dieser besonders kommunalgünstigen Entwicklung der Kommunalinvestitionsförderungsfonds zu nennen, der von 3,5 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf nunmehr 7 Mrd. Euro aufgestockt wird. Trotz dieser klar für die Kommunen positiv ausfallenden veränderten Finanzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen verzeichnen die Kommunen weiterhin Defizite. Hier sind nun klar die Länder in der Pflicht, keine ausbremsende Rolle einzunehmen, sondern die vorgehaltenen Gelder auch tatsächlich an die notleidenden Kommunen weiterzugeben, damit die Maßnahmen des Bundes auch dort greifen können, wo sie angedacht waren.



Quelle: Der Landkreis 1-2/2017

### **Neue Chance für einen zügigen Bau der A21**

Die geplante Infrastrukturgesellschaft Verkehr für Bau, Planung und Betrieb der Bundesautobahnen und einen Teil der Bundesstraßen ist im Rahmen des Gesetzpakets über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf den Weg gebracht worden. Sie soll von 2021 an ihre Arbeit aufnehmen. In meiner Funktion als Berichterstatter im Haushaltsausschuss werde ich die Zuständigkeit für die Infrastrukturgesellschaft übernehmen. Ich werde nun Sorge dafür tragen – anders als dies das Land Schleswig-Holstein bisher getan hat

-, dass dank der neuen Bundeszuständigkeit in Zukunft notwendige Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein angepackt werden können. Am 20. Februar 2017 wird eine Anhörung geben, um relevante Kernthemen zur praktischen Umsetzung einer solchen Infrastrukturgesellschaft anzugehen. Dabei wird es vor allem darum gehen zu prüfen, wie eine effizient und reibungslos funktionierende Infrastrukturgesellschaft auf den Markt gebracht werden kann. Darüber hinaus wird es wichtig sein, vor allem auch den unabdingbaren parlamentarischen Einfluss weiterhin zu gewährleisten und eine wichtige Kontrollfunktion einzunehmen. Ziel muss es sein, den Autobahnbau in der gesamten Republik zu beschleunigen und damit alle Teile Deutschlands zukunftsfest zu machen. Nicht zuletzt wird dies auch eine Chance sein, den stockenden Bau der A21 auch tatsächlich im vorgegebenen Zeitrahmen des Bundesverkehrswegeplans 2030 einhalten zu können.

### **Nominierter für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP)**

Ich freue mich, dass ich auch in diesem Jahr wieder die Gelegenheit hatte, mit interessierten und motivierten jungen Menschen im Rahmen der diesjährigen Auswahlgespräche für das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) ins Gespräch gekommen zu sein. Das PPP ermöglicht einen einjährigen Aufenthalt in den USA. Meine Aufgabe ist es hierbei, die jungen Stipendiaten während ihres Aufenthalts in den USA zu betreuen und politischer Ansprechpartner zu sein. In diesem Jahr hat sich Michel Schmidt aus Ahrensburg in besonderem Maße hervorgetan und wurde somit von mir für das PPP nominiert. Michel Schmidt besucht die 9. Klasse des Eric-Kandel-Gymnasiums und engagiert sich als Schulsanitäter, als Mitglied in der Schülervertretung, Leiter der Unterstufenschülervertretung und Delegierter im Landesschülerparlament. Zudem ist er Konzertmeister im Jugendorchester Ahrensburg. Ich bin gespannt auf seine Berichte und Erfahrungen im Laufe seines Auslandsaufenthaltes!

Ihr Norbert Brackmann